



**Martin Murrack** . . . . .

Stadtdirektor und Stadtkämmerer



Dez. I, Stadtverwaltung Duisburg, 47049 Duisburg

An den

Landtag Nordrhein-Westfalen

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
18. WAHLPERIODE  
  
**STELLUNGNAHME  
18/517**  
  
A02, A20

3. Mai 2023

## **Stellungnahme zum Antrag der Fraktion der FDP im Landtag NRW**

**„Wir machen unsere Gemeinden smarter – durch mehr Zusammenarbeit“**

**(DS 18/3282 v. 28.02.2023)**

### Zur Ausgangslage

Die interkommunale Zusammenarbeit auch in dem Konzept der „Smart City“ zu stärken ist vielfach bereits ein regionales Bestreben der Kommunen, indem sie sich mit Digitalisierungsbeauftragten der umliegenden Städte und Gemeinden austauschen oder ihre Kompetenzen in Arbeitskreise der Regionalverbände einbringen. Dennoch fehlt derzeit ein landesweiter Ansatz für einen Austausch.

Das voneinander lernen, wie die Entwicklung der Kommunen zu lebenswerten Städten gelingen kann, bringt trotz individueller Unterschiede gewisse Vorteile mit sich. Dennoch ist zu berücksichtigen, dass die Verwaltungen teilweise sehr unterschiedliche Schwerpunkte und Vorgehensweisen zur Umsetzung ihrer Smart City-Strategien verfolgen. Eine gemeinsame Plattform vereinfacht das Auffinden von Ideen, Best Practice-Partnern und bereits umgesetzten spezifischen Lösungen vor Ort. Dies trifft auf die verschiedensten Akteure innerhalb einer großen Kommune zu, denn Smart City ist nicht allein ein Thema für die Stadtverwaltung, sondern ebenso für etwaige Tochtergesellschaften wie z.B. Wirtschafts- und Entsorgungsbetriebe, Stadtwerke oder Flächenentwicklungs- und Immobiliengesellschaften.

Über die Stadtgrenzen hinaus organisieren sich die städtischen Töchter in ihren Branchenverbänden z.B. der VKU (Verband Kommunaler Unternehmen), die wiederum eigene Plattformen zu den Bereichen Digitalisierung und Smart City bereitstellen.

In Duisburg wurden Programm- und Arbeitskreise gegründet, um mit allen Akteuren gemeinsam die Idee einer Smart City voranzubringen. Während sich die Stadtverwaltung überwiegend um die Handlungsfelder Verwaltungsmodernisierung und E-Government kümmert, liegen die Themen der städtischen Tochtergesellschaften mehr im Bereich smarterer Technologien, wie z.B. Mobilität und Logistik, smarte Quartiere oder dem Einsatz von KI im Kundenservice.

Hierbei fungiert eine dedizierte Stabsstelle der Stadt für die „Initiative Smart City Duisburg“ als koordinierende Schnittstelle zwischen Gesellschaft, Politik und Verwaltung in einem konzernweiten Austausch und verfolgt mit ihren Partnern die Umsetzung der Digitalen Agenda.

Zu „Smart Citys sparen Energie“

Die Einsparung von Energie ist nicht erst seit der aktuellen Energiepreiskrise ein Thema in den Stadtverwaltungen. Den Umbau der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik betrieben die Stadtwerke bereits vorher. Der Fokus liegt heute, neben dem weiteren Ausbau von smarterer Infrastruktur, auf der Sammlung und Auswertung von Daten und dem damit einhergehenden Einsatz von Software zum Erreichen der Klimaziele. Unter anderem durch diese Aktivitäten ist neben den bekannten Akteuren im Bereich Smart City auch ein multidisziplinärer Austausch mit dem Klimaschutzmanagement der Stadt erfolgreich etabliert worden.

Zu „Smart Citys sind sauberer“

Die Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge sind wie bereits erwähnt, oftmals auf öffentlich-rechtliche oder privatrechtliche Gesellschaften und Unternehmen übertragen worden. Die Abfall- und Siedlungswasserwirtschaft bemüht sich daher auch, oftmals mit eigenen Organisationseinheiten, urbane Innovationen voranzutreiben und leisten somit einen wichtigen Beitrag zu einer ganzheitlichen Smart City. Der Einsatz von KI trägt beispielsweise auch in Duisburg bereits heute zu einer optimierten Tourenplanung in der Abfallbeseitigung bei. Ebenso wird durch ihren Einsatz die Qualität der Auswertung von Abwasserkanaluntersuchungen verbessert und die Reinigungsleistung auf den Kläranlagen verbessert. Dies ist möglich durch ein Vorantreiben des Innovationsmanagements und der damit einhergehenden Kooperation mit Universitäten, Forschungsträgern und Start-ups, denen hier eine besondere Bedeutung zukommt.

Zu „In Smart Citys läuft der Verkehr flüssiger“

Die Mobilität ist ein wesentlicher Schlüsselfaktor für eine lebenswerte Stadt, darauf aufbauend sind die Bestrebungen zum Einsatz von neuen Verkehrskonzepten (z.B. Mikromobilität und Mobilitäts-Hubs) von besonderem Interesse einer Smart City. Innerhalb einer Stadtverwaltung ist es dabei essenziell, neben den Ordnungsbereichen, die Stadtentwicklung, die Verkehrsplanung und den Klimaschutz mitzudenken. Hinzu kommen die Akteure der Verkehrsgesellschaften, der Kurier-, Express- und Paketdienste (KEP's), sowie weitere Logistikunternehmen (z.B. Hafentaxi) die neben den Bedarfen der Bürgerinnen und Bürger oder Pendlerinnen und Pendler im Gesamtkontext zu berücksichtigen sind. Der Einsatz eines stadtweiten Mängelmelders, u.a. für Anliegen zum ruhenden Verkehr und dem Straßenzustand oder dem allgemeinen Ortsbild sind wichtige Umsetzungsschritte für den Dialog in einer Smart City. Auch der Einsatz von KI auf Kommunalfahrzeugen der städtischen Wirtschaftsbetriebe zur Erkennung von verunreinigten Verkehrszeichen und dem Straßenzustand wurde bereits pilotiert und ergänzt die Meldung durch Begehung der Straßenkontrolle. Das Management des daraus folgenden Bauprogramms für die öffentliche Infrastruktur folgt allerdings nicht ausschließlich auf technisch erhobenen und KI-gestützt ausgewerteten Daten, sondern erfordert eine Priorisierung nach gesellschaftspolitischen und haushälterischen Grundsätzen. Ein innovatives Baustellenmanagement mit dem Einsatz digitaler Baustellenabsperrrichtungen (Bake) kann wiederum ein sinnvoller Beitrag für eine Smart City-Lösung in hochverdichteten Sanierungsgebieten sein. Für die Verbesserung des Komforts in Stadtgebieten mit Parkraumbewirtschaftung tragen auch heute schon multimodale App-Anbieter zur Parkplatzsuche bei, auch hier wird die Bereitstellung und der Austausch von Daten und die Schaffung von Mobilitätsplattformen immer wichtiger.

Zu „Auf Erfahrungen aufbauen“

Das vom Branchenverband der IT in Deutschland (Bitkom e.V.) aufgelegte Digitalranking „Smart City Index“ berücksichtigt neben der qualitativen und prioritätsgetriebenen Umsetzung von politisch motivierten Smart City-Schritten innerhalb einer Kommune auch die quantitative Auswertung von z.B. Ladesäuleninfrastruktur oder dem Glasfaserausbau. Neben dem Smart City Index gibt es weitere

Benchmarking-Modelle wie z.B. das Smart City Ranking aus einer Kooperation von Haselhorst Associates mit der TU Darmstadt. Hier werden die Erfolge zur Erreichung einer lebenswerten Stadt im Rahmen einer Fremderhebung bewertet und noch stärker auf die Wahrnehmung durch die Bürgerinnen und Bürger bezogen. Grundsätzlich tragen solche Vergleichsmodelle dazu bei, sich einen groben Überblick über den Standpunkt eigener Bestrebungen zu machen. Einen Vergleich mit bspw. Nachbarkommunen anzustreben ist aufgrund der Heterogenität und einer fehlenden Clusterung in der Regel nicht zielführend. Daher sind auch das zu Grunde legen dieser Analysen im Rahmen der Bewerbung um Förderprogramme wie z.B. „Digitale Modellregionen NRW“ aus Sicht einer einzelnen Kommune als eher kritisch zu sehen, zumal solche Selbsterhebungen nicht hinreichend objektiv sind.

Zu „Hoher Nutzen nur bei hohem Datenschutz“

Spätestens mit Einführung der EU-DSGVO (Datenschutzgrundverordnung der Europäischen Union) ist sichergestellt, welche Rahmenbedingungen hier zu beachten sind. Dennoch erfordert die Anwendung auch ein gutes Augenmaß, um sich technologische Möglichkeiten nicht zu verbauen.

#### Zur Beschlussfassung:

Die Forderung nach kommunaler Zusammenarbeit im Bereich Smart City wird aus Sicht der Stadt Duisburg grundsätzlich begrüßt. Die Ansiedlung eines entsprechenden Netzwerks bei dem Landesbeauftragten für interkommunale Zusammenarbeit beim Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung (MHKBD) des Landes Nordrhein-Westfalen folgt aufgrund der Zuordnung dem fachlichen Anspruch, der an diese verantwortungsvolle Aufgabe gestellt wird.

Die digitalen Modellregionen in NRW unterscheiden Projekte im Handlungsfeld „E-Government“ und „Stadtentwicklung“. Erstgenannte Maßnahmen werden durch die enge Zusammenarbeit mit dem KDN (Dachverband kommunaler IT-Dienstleister in Nordrhein-Westfalen) abgewickelt. Im Kontext mit Smart City-Lösungen wurde Ende 2022 beim KDN ein neuer Arbeitskreis „Smart City“ gegründet und damit auf den wachsenden Bedarf von Kommunen in NRW reagiert.

Bereits Ende 2021 hat die Landesregierung eine Ausschreibung für den „Aufbau und Betrieb eines landesweiten Kompetenznetzwerks SmartCities.NRW“ (Referenznummer der Bekanntmachung: 2021-032) auf den Weg gebracht. Ziele waren bereits damals u.a. ein kommunales Netzwerk aufzubauen, die Vernetzung und Repräsentation nach außen, die Kommunikation von Fördermöglichkeiten, Monitoring und Evaluation von Pilotprojekten, die Skalierung und Übertragung von Smart City-Lösungen und die Steigerung von Digitalkompetenzen.

Inwiefern dieses Vorhaben von der Idee eines „Shared Service Center“ (SSC), also einem internen Dienstleister innerhalb des MHKBD abgelöst, ergänzt oder unterstützt werden soll ist unklar, deckt sich im Ansatz jedoch mit der vorgenannten Ausschreibung für ein extern betriebenes Kompetenznetzwerk.

Im Portal „Interkommunales.NRW“ sind die Spitzenverbände Städtetag NRW, Landkreistag und Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen vertreten. Die interkommunale Vernetzung dieser mit den Akteuren in den Städten und Gemeinden fördert die gemeinsamen Anstrengungen zur Smart City. Aktuell, Ende April 2023, hat der Deutsche Städtetag den Entwurf eines Positionspapiers zur „Digitalstrategie Deutschland“ der Bundesregierung erarbeitet und in Umlauf gegeben, worin zentrale Forderungen der Kommunen an den Bund zur Umsetzung dieser adressiert werden. Zum Thema Smart City werden u.a. das geplante Dateninstitut zum Vorantreiben von Datenverfügbarkeit und -standardisierung und damit einhergehende Kompetenzvermittlung, sowie die verstärkte Steuerung von urbanen Datenplattformen und deren technologische Ausrichtung als Erfolgsfaktoren genannt.

Die Zusammenführung von bestehenden Förderprogrammen ergibt dort Sinn, wo Anknüpfungspunkte für ein Förderpaket „Smart City“ gegeben sind. Dies ist beispielsweise in den Handlungsfeldern Breitbandausbau, Mobilität und Klimaschutz offensichtlich der Fall. Es wäre jedoch im Einzelfall zu überprüfen, ob es sich um die Förderung etablierter Lösungsansätze handelt oder wie z.B. anhand der Modellregionen ganz gezielt Innovationen gefördert werden sollen.

Bei der fach-/ ressortübergreifenden Bündelung von Förderprogrammen besteht allerdings die Gefahr, dass sich der ohnehin hohe administrative Aufwand für die Kommunen, der mit dem Abruf von Fördermitteln immer verbunden ist, noch weiter erhöht. Insbesondere ist zu erwarten, dass vorgelagert im Rahmen der Antragserarbeitung zusätzlicher Koordinierungsaufwand entstehen wird, der die Eintrittshürden für den Mittelabruf weiter erhöht.

Darüber hinaus ist anzumerken, dass das Thema „Smart City“ – wie die digitale Transformation der öffentlichen Hand insgesamt – aus kommunaler Sicht nach wie vor unterfinanziert ist und es hier weiterhin enormer Kraftanstrengungen bedarf. So wendet bspw. die Stadt Duisburg allein für die Digitalisierung ihres Hausaktenarchivs in den kommenden Jahren rd. 10 Mio. EUR an eigenen Mitteln auf, wobei die Aufgabenfelder mit OZG, der E-Akte, und dem Duisburger „Masterplan Digitales Duisburg“ vielfältig sind. Und alle diese Themen werden mit Ressourcen bearbeitet – Personal wie Finanzen – die keinesfalls im Überfluss vorhanden sind!

Insofern erscheint es jedenfalls nicht sachgerecht, das Förderprogramm - aus Landessicht haushaltsneutral - zulasten anderer Förderprogramme auszugestalten! Der Schlüssel zur bürgerinnen- und bürgerfreundlichen Digitalisierung der Kommunen liegt neben den guten Ideen und der guten Vernetzung auch in der sachgerechten Finanzausstattung der Kommunen. Und da darf es nicht weiterhin der Fall sein, dass in ärmeren Städten andere Standards gelten als in Städten, die weniger oder keine finanziellen Probleme haben. Während Monheim autonome Shuttles fahren lässt, kämpfen andere Kommunen um die Breitbandanbindung ihrer Schulen.

Mit freundlichen Grüßen

In Vertretung

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'M. Murrack', written in a cursive style.

Martin Murrack  
Stadtdirektor und Stadtkämmerer